

„Ich sehe das mit einem gewissen Galgenhumor“

Hofburgkandidat Alexander Van der Bellen über absurde Hitler-Vergleiche, die Vorgangsweise angesichts heimischer Erdogan-Fans und seinen Redebedarf mit dem Heeresminister.

INTERVIEW: Peter Mayr, Nina Weissensteiner

STANDARD: Im Internet kursiert derzeit ein Video, laut dem Sie gerade entführt worden sind. Als Hofburgkandidat in Österreich braucht man wohl schon einen ähnlich guten Magen wie für den US-Wahlkampf?

Van der Bellen: Wie Sie sehen, befindet ich mich – anders als von so einem Scherzkeks behauptet – keineswegs in den Händen von Entführern. Und was den US-Wahlkampf betrifft: Von derart schlimmen Untergreifen, wie sich das Donald Trump gegenüber Hillary Clinton erlaubt hat, sind wir noch weit entfernt.

STANDARD: Dennoch, was schmerzt mehr: dass Ihnen von Norbert Hofers Sympathisanten nachgesagt wird, innen drin ein Kommunist zu sein – oder dass Ihnen jetzt auch noch unterstellt wird, mit Adolf Hitlers Ästhetik auf Stimmenfang zu gehen, weil Sie auf einem Plakat wie einst der Führer mit Berg und Hund zu sehen sind?

Van der Bellen: Beide Vorwürfe sind einfach absurd – und deswegen sehe ich das mit einem gewissen Galgenhumor. Ja, ich habe ein einziges Mal, als junger Mann mit 21 Jahren, bei einer Gemeinderatswahl aus Zorn KPÖ gewählt, weil diese damals als einzige Oppositionspartei zur Auswahl stand. Mir daraus 50 Jahre danach einen Vorwurf zu machen ist grotesk. Meine Eltern mussten dreimal vor der Roten Armee und den Kommunisten fliehen. Was die andere Sache betrifft: Der Hitler-Vergleich ist nicht nur boshart, er bedeutet auch eine Verniedlichung des Hitlerismus und des Nationalsozialismus.

STANDARD: Mittlerweile werden auch Ihre verstorbenen Eltern in den Wahlkampf hineingezogen. Haben die jemals mit dem NS-Regime sympathisiert?

Van der Bellen: Erstens: Meine Eltern waren keine Nazis. Zweitens: Mein Vater ist seit 50 Jahren, meine Mutter seit 20 Jahren tot. Sie können sich gegen diesen Ruf mord nicht mehr wehren. Und drittens: Ist Sippenhaftung jetzt ein Teil des Rechtsprinzips in der FPÖ? Dieser Stil von FPÖ-Politikerin Ursula Stenzel – zuerst halbose Unterstellungen gegen meine Familie in den Raum zu stellen und dann herumzulavieren – ist nicht nur geschmacklos, er richtet sich von selbst.

STANDARD: Für einen Sieg am 4. Dezember brauchen Sie Wähler, die beim letzten Mal vielleicht nicht für Sie gestimmt haben. Nachdem sich nun ein ÖVP-Politiker nach dem anderen zu Ihnen bekannte. Freut Sie das – oder ist es dafür nicht reichlich spät?

Van der Bellen: Es ist nie zu spät – solange das Ganze vor dem 4. Dezember geschieht. Wenn etwa ein ÖVP-Bürgermeister seine Meinung kundtut, bleibt das in seiner Gemeinde wohl nicht ganz ohne Wirkung.

STANDARD: Die ÖVP nimmt derzeit angesichts der vielen Flüchtlinge einen neuen Anlauf für eine Leitkulturdebatte. Gibt es so etwas wie ungeschriebene Gesetze hierzulande, die befolgt werden müssen?



Foto: Matthias Cremer

„Der Hitler-Vergleich ist nicht nur boshart, er bedeutet auch eine Verniedlichung des Hitlerismus“: VdB zu Vorwürfen gegen seine Plakate.

Van der Bellen: Die Einhaltung der Gesetze ist eine Sache, die man zu Recht von jedem erwarten kann. Ebenso gilt das Prinzip, dass das Gewaltmonopol im Staat bei Polizei und Militär liegt. Und Brauchtum, Traditionen können natürlich was Schönes sein, in den Dörfern genauso wie unter den bei uns Zugewanderten.

STANDARD: Ist es in Ordnung, wenn hierzulande Erdogan-Fans auf die Straße gehen, um für den türkischen Premier zu demonstrieren?

Van der Bellen: Wenn damit für die Einschränkung der Meinungsfreiheit, der Medienfreiheit und implizit gegen die Rechte eines Teils der türkischen Bevölkerung, der Kurden, midemonstriert wird, ist das gar nicht in Ordnung. Dann muss klar festgehalten werden: Wir haben für unsere Werte gekämpft und werden uns hier nicht einschränken lassen.

STANDARD: Sollen derartige Demos untersagt werden?

Van der Bellen: Bei Demoverboten wäre ich vorsichtig. Als Präsident würde ich die Organisatoren aber zu Gesprächen einladen und darüber reden, was sie mit ihrem Protest genau ausdrücken wollen.

STANDARD: In Ihrer Amtszeit als Präsident wäre ein EU-Beitritt der Türkei ohnehin kein Thema, nicht?

Van der Bellen: Da braucht es keinen Konjunktiv. In den nächsten sechs Jahren ist der Beitritt wohl ausgeschlossen. Egal, ob die Türkei jetzt die rote Linie überschreitet oder nicht. Die Einführung der Todesstrafe wäre so eine.

STANDARD: Die Regierung liebäugelt ständig mit dem Abbruch.

Van der Bellen: Ähnliche Überlegungen gibt es immer, wenn wir mit unsympathischen Regimen sprechen. Manchmal stellt sich aber heraus, dass ein Minimum an Konsens erzielt werden kann – deswegen brauchen wir bei dem Zeithorizont keine Tür zuzuschlagen. Denn damit helfen wir weder den Journalisten noch den Kurden noch den Frauen in der Türkei.

STANDARD: Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil (SPÖ) will ein Soldaten-Denkmal auf dem Heldenplatz errichten lassen, wogegen

die Grünen seit Wochen mobilisieren – und Sie?

Van der Bellen: Ich bin nicht grundsätzlich dagegen. Aber ich würde gerne noch mal mit dem Verteidigungsminister reden, was und wie er sich das genau vorstellt. Das Bundesheer hat jedenfalls über Jahrzehnte gute Arbeit geleistet – das habe ich selbst etwa

bei einem Besuch bei unseren Uno-Soldaten auf dem Golan gesehen.

STANDARD: War es ein Fehler, dass wir unsere Soldaten dort angesichts ständig neuer Gefechte rasch abgezogen haben?

Van der Bellen: Mich hat das betroffen gemacht, vor allem die Geschwindigkeit, in der das passiert ist. Das war keine gute Entscheidung.

STANDARD: Donald Trump will am ersten Tag seiner US-Präsidentschaft das geplante transpazifische Handelsabkommen stornieren. Das Abkommen TTIP mit der Europäischen Union scheint damit wohl auch gegessen.

Van der Bellen: Das kann man mit einem gewissen Recht vermuten. Wenn er das eine sofort aufkündigen will, wird es bei einem anderen Abkommen auch nicht weitergehen.

STANDARD: Finden Sie das als Ökonominprofessor gut oder schlecht?

Van der Bellen: Für die Exportwirtschaft ist das nicht gut, aber es gibt berechtigte Bedenken der heimischen Bauern bezüglich der Nahrungsmittelproduktion. Und das muss man, falls doch weiterverhandelt werden sollte, alles behutsam abwägen, wie Heinz Fischer sagen würde.

ALEXANDER VAN DER BELLEN, Jahrgang 1944, ist im Tiroler Kaunertal aufgewachsen. Der Wirtschaftsprofessor war von 1997 bis 2008 Grünen-Chef. Bei der ersten, aufgehobenen Stichwahl wurde er zum Präsidenten gewählt, am 4. Dezember muss er sich nun erneut der Wahl stellen.

DER STANDARD hat bei Norbert Hofer mehrfach um ein Interview angefragt und ihn auch zu einem Chat eingeladen. Beides wurde abgelehnt.

Gewaltfantasien von Hofer-Fans beschäftigen Justiz

Gewaltdrohungen gegen Van der Bellen auf Facebook, Staatsanwaltschaft wird nicht von sich aus tätig

Petra Stüber

Wien – Der Bundespräsidentenwahlkampf erreicht fast täglich neues Tiefenniveau. Die Möglichkeiten, dies sofort und wirkungsvoll abzustellen, bleiben dagegen bescheiden. Diesmal ist es eine Fotomontage auf der Facebook-Fanseite „I bin a Hofer“, gepostet am 20. November: Ein Mann hat sich selbst, unter seinem Klarnamen, in ein Wahlplakat von Alexander Van der Bellen hineinmontiert und deutet an, dem Präsidentschaftskandidaten „als Patriot“ und „im Sinne des Schutzes unseres Landes“ einen Schlag mit der Faust zu verpassen.

Das Posting sorgt für Furore unter den Fans von Norbert Hofer: Einer postet, ebenfalls unter seinem Namen, er würde gerne dasselbe tun – am liebsten „mit Arbeitsschuhen“. Ein anderer nennt Van der Bellen einen „Landesverräter“ – wer ihn wähle,

unterstütze „Kinderšänder, Frauenvergewaltiger, Mörder“. Die Gewaltfantasien machen via Twitter die Runde, mittlerweile sind sie von der Hofer-Seite, laut deren Impressum die FPÖ verantwortlich, gelöscht.

Wie stets in solchen Fällen hat Van der Bellens Wahlkampfteam das Landesamt für Verfassungsschutz Wien informiert, dieses ermittelt. Auf Nachfrage wird bestätigt: Mittlerweile ist eine zweistellige Zahl an Ermittlungsverfahren wegen Internet-Attacken auf Van der Bellen bei Polizei und Staatsanwaltschaft anhängig, etwa wegen gefährlicher Drohung, eines Offizialdelikts.

Anders als bei anderen Offizialdelikten wird die Staatsanwaltschaft allerdings hier nicht von sich aus tätig. Man reagiert, wenn es eine private Anzeige gibt. „Wir haben kein Personal, das ausschließlich die sozialen Medien durchkämmt“, sagt Nina Bussek,

Sprecherin der Staatsanwaltschaft Wien, „das müssen Sie das Ministerium fragen.“

Medienanwältin Maria Windhager, die auch den STANDARD vertreten, hält das für einen „Wahngeist“: „Die Szene müsste laufend beobachtet werden.“ Es sei eine grundsätzliche Problematik, „dass Privatpersonen, die beleidigt und bedroht werden, immer selbst tätig werden müssen“.

Was es gebe, sei ein verstärkter direkter Kontakt der Staatsanwaltschaften mit Facebook, der das schnelle Löschen problematischer Postings ermögliche, heißt es im Ministerium. Ob auch gesetzlich nachgeschärft werden müsse, werde laufend geprüft. Die Verschärfung des Verhafungsparagrafen sei bereits realisiert. Das zumindest scheint zu funktionieren: Seit Inkrafttreten am 1. Jänner dieses Jahres gab es 540 Ermittlungsverfahren wegen Verhetzung. **Gastkommentar Seite 30**

Via @RechtsdrallC)

Wir wollen Norbert Hofer als

Als bekannter Patriot der Republik Österreich habe ich im Sinne und Schutz unseres Landes gehandelt.



Erschienen auf und mittlerweile gelöscht von der Hofer-Seite.

Screenshot: Facebook/FPÖ